

Mümmelmannsberg als Modell

Die in Hamburg jüngst entfachte Debatte um Regionen im Fokus des Islamismus kann für uns der Ausgangspunkt eines neuen Nachdenkens sein. Kassandrarufe und Warnungen vor dem „Umkippen“ von Quartieren helfen dabei wenig. Die Bundesrepublik ist viel weiter als früher. Längst haben „schwierige“ Stadtteile gelernt, etwas aus sich zu machen. Tödliche Zuspitzungen wie in den französischen Faubourgs können vermieden werden, weil die zivilgesellschaftlichen Akteure bei uns zahlreicher und die administrativen Strukturen nicht so steif sind. Die politische Klasse hierzulande ist eher keine Kaste. Die Demokratie ist offen genug, um wichtige Partner im Feld einzubeziehen. Während der Front National in Umfragen zur französischen Präsidentschaftswahl derzeit mit Marine Le Pen auf Platz 1 liegt (!), bekommt die NPD bei uns so wenige Stimmen, dass sie tief in die roten Zahlen ihrer eigenen Wahlkampffinanzierung gerät. Die Antifaschisten vieler EU-Staaten, von Dänemark bis Ungarn, blicken – eine Ironie der Geschichte – mit Neid auf Deutschland.

Zur klugen Partnerschaft gehören im Kampf gegen den religiösen Extremismus die muslimischen Verbände. Anlässlich der aufgeregten Berichterstattung über einen behördeninternen Vermerk über Islamismus-Tendenzen, der der Presse zugespielt worden war, bestand der Lackmустest auf die Zivilität darin, ob in der Berichterstattung islamophobe Töne vermieden wurden. Dieser Test wurde erfolgreich absolviert. Alle Medien haben der Versuchung widerstanden, Muslime und Islamisten in einen Topf zu werfen, und selbst in der Boulevardpresse wurde ein Ditib-Sprecher mit seiner Sorge angesichts der religiösen Radikalisierung zitiert. Kein Wunder - längst sind in Hamburg „hinter den Kulissen“ beständige Formen der gegenseitigen Konsultation zwischen Erziehung, Bildung, Religion und Sicherheit entstanden.

So ist es gut. Aber wie geht es weiter? Wenn die kurzfristige mediale Aufmerksamkeit verfliegen ist, bleiben die Schulleitungen und Lehrkräfte im Hamburger Osten auf dem ramponierten Ansehen ihrer Stadtteile sitzen. Wir sind von ihnen vor einem pikanten Phänomen gewarnt worden, das es sonst eigentlich nur in Ostvorpommern gibt, nämlich dem Phänomen einer demokratisch motivierten Abwanderung. „Gibt es hier Salafisten?“ fragen muslimische Eltern ängstlich bei der Einschulung ihrer Kinder an der Grundschule. Genau das wird oft übersehen: Die ersten Opfer des Islamismus sind Muslime. Auf sie richtet sich der Unterwerfungsdruck – auch im schulischen Mobbing. Viel mehr als auf Nicht-Muslime. In einer islamistisch belasteten Umgebung kann es also ein dreifaches Pech sein, Muslima zu sein: misstrauisch beäugt durch die Mehrheitsgesellschaft, zwangsinkorporiert in eine politisierte „Umma“, und dann auch noch Frau oder Mädchen. Dieser persönlichen Situation muss unsere pädagogische Empathie gelten, aber auch unsere demokratische Entschlossenheit, daran etwas zu ändern.

Das heißt auch: Die bloße Abwehr reicht nicht aus. Prävention muss positiv gewendet werden: in Demokratiepädagogik und demokratische Praxis. Schule und Stadtteil müssen einen selbstbewussten und attraktiven Entwurf des Zusammenlebens in der globalisierten Großstadtgesellschaft entwickeln. Hierfür gibt es im Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg, der vom Bezirksamt Hamburg-Mitte koordiniert wird, ein gutes Fundament. Die Kernfrage lautet: Wie wollen wir an diesem Ort friedlich und gedeihlich zusammen leben und lernen? Diese Frage hat einen großen Reiz. Mit ihr kann man eine

Unterrichtsstunde eröffnen, einen Kongress betiteln oder ein Mediationsgespräch mit salafistischen Eltern führen. Sie ist paradigmatisch. Besonders reizvoll wäre es, sie direkt mit Vertretern der Hizb ut-Tahrir zu diskutieren. Eine traumhafte Gelegenheit, sich die Annehmlichkeiten des Gottesstaates für Andersgläubige erklären zu lassen oder über die Frage zu sprechen, warum Gott den Menschen mit Vernunft ausgestattet hat, wenn sowieso alles, was er tun soll, schon feststeht. Für ein solches Gespräch würde ich verdammt viel geben. Leider wird es sehr schwer sein, es zu arrangieren¹.

Aber auch ohne die Hizb ut-Tahrir haben wir noch reichlich Gesprächsstoff miteinander. Besonders jüngere Lehrkräfte, ohne Erfahrung mit politisch aufsässigen Jugendlichen, sind oft sprachlos, wenn ihnen eine in Hamburg aufgewachsene Neuntklässlerin auf den Kopf zusagt: „Ich brauche keine Freiheit.“ Oder wenn sie sagt: „Mein Land ist nicht Deutschland, mein Land ist Saudi-Arabien.“ Unsere Sprachlosigkeit kommt vielleicht von der Überraschung; aber sie rührt auch daher, dass wir so basal sonst fast nie ansetzen müssen. Normalerweise ist die Jugend materialistisch und geradezu unersättlich in ihrem Durst nach Freiheit, welche sie dann häufig für Sinnloses verwendet. (So wenigstens lautet eine - durchaus problematische - Ansicht älterer Leute.)

In einer solchen Konfrontation brauchen wir also, in der schul- und sozialpädagogischen Zunft, eine Kompetenz, die man etwa wie folgt definieren könnte:

„Vom demokratischen Verfassungsstaat und der aufgeklärten Republik habe ich ein persönliches Konzept, kenne Programm und Strategie des Islamismus, bin rhetorisch trainiert und kann cool bleiben, so dass ich auch in zugespitzten Situationen genug pädagogische Rollendistanz wahren kann, um Jugendliche nicht als politische Gegner zu betrachten oder zu behandeln.“

Zu dieser Kompetenz gehören u.a. die Klarheit über Verfassungsgüter und ihre Abwägung, politische und historische Bildung, die Fähigkeit zur Ideologiekritik und nicht zuletzt eine solide allgemeinpädagogische und entwicklungspsychologische Qualifikation. Besonders eines darf jedoch nicht fehlen: das demokratische Charisma. Wer selber grundsätzliche Vorbehalte gegen die offene Gesellschaft, den demokratischen Verfassungsstaat, „die“ Politiker“, „den“ Westen hat oder z.B. im Senat den Sitz alles Bösen wittert, hat wahrscheinlich seine Schwierigkeiten, der Militanz der islamistischen Polemik etwas Überzeugendes entgegenzusetzen. Eine generelle Systemskepsis, teilweise noch aus Achtundsechziger-Zeiten überkommen, ist eher resignationsfördernd – auch hinsichtlich der eigenen Person. Und Jugendliche merken sehr schnell, wenn Erwachsene nicht richtig überzeugt sind.

Das „gedeihliche Zusammenleben“, von dem oben die Rede war, ist eigentlich nur eine Übersetzung des berühmten „pursuit of happiness“ in der Gründungsurkunde der USA. Am Anfang dieser Gründung stand eine riesige Diskussion, festgehalten in den „Federalist Papers“. Madison, Hamilton und Jay lieferten sich als Essayisten die entscheidende Argumentationsschlacht, die die „Union“ letztlich vorbereitete. Kernfrage der Auseinandersetzung war, wie staatliche Macht gebändigt werden kann.

In einer Zeit wie der unsrigen, in der Schule so häufig als schnöde Lernfabrik missverstanden wird, sollten wir vielleicht einfach den Mut haben zu sagen: Im Modellfall des

¹ Hier erweist sich übrigens das Organisationsverbot schon deshalb als nachteilig, weil man einer aufgelösten Organisation keine Einladung mehr schicken kann.

globalisierten, multikulturellen und multireligiösen Stadtbezirks brauchen wir eine neue Diskussion mit Gründer/innengeist und demokratischem Programm. Im Bildungszentrum könnte dies ein Diskurs über Freiheit und Macht, Individualität und Selbstbestimmung sein. In der Schule wäre dafür ein großes Forum von Lehrkräften und Schüler/innen denkbar („Politisch-philosophisches Forum“), wo man die Kleinodien der Verfassungs- und Staatstheorie², in Appetithäppchen verpackt („didaktisiert“), genießt und auf die Gegenwart bezieht. Schülerinnen und Schülern könnte hier die Gelegenheit gegeben werden, öffentlich über ihre Vision eines guten Lebens zu sprechen, Anrechnung auf die Zeugnisnote natürlich inklusive. Und in einer Veranstaltungsreihe für alle Interessierten – etwa unter dem Namen „Mümmelmansberger Gespräche“ öffentlich beworben und als Markenzeichen erkennbar gemacht -, könnte zukünftig über Menschenrechte und Demokratie debattiert werden, unter Einbeziehung externer Profis.

Soll dies alles in eine Kampagne eingekleidet werden, so bedarf es eines Symbols – analog zu dem Fluchtpunkt-Symbol für potenzielle Opfer von Neonazis – mit dem Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil demokratisch Farbe bekennen. Und es bedarf einer symbolischen „Heldin“, wofür sich Malala Yousafzai mit ihrem Schicksal anbieten würde, gerade, weil sie den Talibananschlag³ überlebt hat und jetzt als junge Menschenrechtsbotschafterin mit einer Stiftung weltweit unterwegs ist.



Nur wenn Stadtteil und Schule zu sichtbaren Orten einer aktiven demokratischen Bürgerkultur werden, kann diejenige kollektive Identität entstehen, die ein Alternativangebot für radikalierungsgefährdete Kinder und Jugendliche ist.

Kurt Edler

² wie Rousseau, Locke, Montesquieu, Voltaire, Kant, Tocqueville, John Stuart Mill u.v.a.

³ Wie neulich berichtet wurde, haben die Taliban allein in Malalas pakistanischer Heimatregion achtzig Schulen zerstört. Mädchen auf dem Schulweg sind weiterhin vom Tode bedroht, nur weil sie lernen wollen.